



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 28
Fernschreiber 0886890

F/XIV/95 - 27. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Das Münster-Interview:</u> MdB Fritz Erler "Veröffentlichung des Deutschlandplans der SPD war dringend erforderlich"	31
2 - 5	Die sieben Sünden der deutschen Diplomatie Der Verfasser dieses Artikels ist ein seit langen im Ausland lebender, erfah- rener Beobachter der Weltpolitik und Mitarbeiter sowie Berater zahlreicher internationaler Verbände und Organisa- tionen.	223
6	"Im Blick auf einen zweiten 13. Mai" Die Bedeutung der Senatswahlen in Frankreich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	48
7	Bonn als Störenfried Isolierung der Bundesrepublik jetzt schon sichtbar	49

* * * * *
* * * * *

Das Minuten-Interview:

MdB Fritz Erler

"Veröffentlichung des Deutschlandplans der SPD
war dringend erforderlich"

SPD-Pressedienst: In Kreisen der Bonner Regierungsparteien geistert immer noch die Behauptung herum, Sie und Professor Carlo Schmid hätten erhebliche Bedenken gegen den Deutschlandplan der SPD. Die kommunistische SED behauptet sogar, Sie seien ein Gegner dieses Planes.

MdB Fritz Erler: Den Deutschlandplan habe ich mit ausgearbeitet und mit beschlossen. Ich habe ihn in Wort und Schrift vertreten und erläutert. Auch an dem herausgebrachten Kommentar habe ich mitgewirkt. Professor Schmid hat den Plan gleichfalls mitbeschlossen und steht genau so zu ihm wie ich.

SPD-Pressedienst: Halten Sie die Veröffentlichung nach Ihrem Besuch in Moskau und vor der Außenminister-Konferenz in Genf am 11. Mai für richtig?

MdB Fritz Erler: Die Veröffentlichung war sogar dringend erforderlich. Unsere Einschätzung der Haltung der beteiligten Mächte zur Deutschland-Frage ist durch die Informationsgespräche in Moskau bestätigt worden. Es darf nicht dabei bleiben, daß die Diskussion dieser Frage nur von den ausführlich vorgelegten sowjetischen Vorschlägen bestimmt wird. Man muß endlich auch vom Westen Gedanken entwickeln, welche sich nicht auf Allgemeinplätze beschränken. Dabei müssen die weltpolitischen Realitäten, so unangenehm sie sein mögen, berücksichtigt werden. Durch Wunschvorstellungen und große Worte ist die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit nicht zu verwirklichen.

Wer diese Aufgabe nicht für lösbar hält, kapituliert vor der kommunistischen Herrschaft im anderen Teil Deutschlands. Wer das nicht will, der muß Gedanken entwickeln, deren Durchführung in sicher mühsamer, zäher und langwieriger Arbeit das Ziel näherbringt. Schnelle Lösungen gibt es nicht mehr, auch nicht durch militärischen Druck.

Der Deutschlandplan ist ein Beitrag zu dieser Arbeit. Eine Legitimation zur Kritik hat doch wohl nur, wer bessere und gleichzeitig realisierbare Vorschläge macht. Bisher sehe ich keine. Schon gar nicht bei der Bundesregierung.

Die sieben Sünden der deutschen Diplomatie

Von * * *

Der Verfasser dieses Artikels ist ein seit langem im Ausland lebender, erfahrener Beobachter der Weltpolitik und Mitarbeiter sowie Berater zahlreicher internationaler Verbände und Organisationen. (Die Redaktion.)

Wenn es wahr ist, dass jede Schuld sich auf Erden rächt, dann muss das deutsche Volk, das heute händeringend vor dem Scherbenhaufen von Adenauers "Aussenpolitik" steht, mit seiner Enttäuschung und seinem Sturz aus allen Illusionen die Quittung für die Sünden zahlen, die die Bonner Diplomatie seit der Geburt der Bundesrepublik begangen hat: Tatsünden und Unterlassungsstrafen, leichtfertige Gedankenlosigkeiten und unfassliche Fehldiagnosen.

Trostlose Zwangslage

Konkret gesprochen: es hat sich in aller Klarheit herausgestellt, dass sich die starre, einseitige, keine Alternativen erlaubende Bonner Aussenpolitik selbst in die trostlose Zwangslage hineinmanövrierte, in der sie sich heute befindet. Diese Zwangslage lässt sich, verzichtet man einmal auf alle beschwichtigenden Phrasen und alles schmückende Beiwerk, in zwei knappen Sätzen zusammenfassen: entweder Westen und Sowjetunion kommen auf den bevorstehenden Viermächteverhandlungen zu einer Einigung, dann wird es möglicherweise auf Kosten Deutschlands sein, und dann wird die Bundesrepublik zu einem kleinen neutralisierten und mehr oder weniger demilitarisierten Pufferstaat degradiert sein, einer Art leicht vergrössertes Österreich, ohne dafür wenigstens der Wiedervereinigung näher gekommen zu sein. Oder aber, es kommt auf diesen Viererverhandlungen zu keiner Einigung: dann wird die Folge die juristische Anerkennung der "DDR" durch den Westen sein müssen, die Institutionalisierung der Teilung Deutschlands, die Kontrolle Ulbrichts über die Zugänge nach Berlin.

Wer ist daran schuld, dass wir in dieser Sackgasse gelandet sind? In erster Linie, unzweifelhaft, Stalin und Chruschtschow und der Kraml und des Kremels Handlanger. In zweiter Linie aber trifft die Schuld die Bonner Diplomaten, die die Haltung des Kremels gekannt haben (oder kennen mussten) und die entweder die Augen in törichtem Optimismus verschlossen, oder aber doch versäumten, diese russische Politik in allen Konsequenzen zu durchdenken. Niemand bestreitet, dass im Prinzip die Politik der Westorientierung für die Bundesrepublik richtig war; aber man hätte dieser Westorientierung intelligente Nuancierungen geben können, die uns niemand in London, Paris oder Washington übel genommen hätte - die sogar zeitweise von unseren westlichen Verbündeten angeregt und ermutigt wurden - die aber von unseren Bonner Diplomaten höhnisch oder ahnungslos verpasst wurden.

Nicht gestern und nicht heute konnte man das Hineingleiten in die Sackgasse vermeiden: von Anfang an war man mit Scheuklappen auf sie zugewandt. Auf sieben verschiedenen Gebieten, auf sieben verschiedenen Ebenen, in sieben verschiedenen Fragen hat man gesündigt, mit imponierender Gleichmässigkeit von 1949 an, mit erheblicher Beschleunigung allerdings erst seit etwa 1953, seit man in Bonn das süsse Parfüm der Grossmachtpolitik und Grossmachtsträume zu schnuppern begann. Zählen wir sie auf, die sieben Hauptsünden, die sieben verpfuschten Chancen,

der Deutschen Bundesrepublik ein aufrichtiges, würdiges, unzweideutiges und von niemandem mit einem Fragezeichen versehenes Gesicht zu geben.

Sünde Nummer Eins

betrifft das Problem der Abrüstung. Die Bundesrepublik hat gerüstet um ihrer NATO-Verpflichtungen willen; aber niemals hat die deutsche Diplomatie den Mut gefunden, klipp und klar zu sagen, dass sie "aufrüstet, um wieder abrüsten zu können", dass sie sich willig einem internationalen System der Rüstungskontrolle zu unterwerfen bereit ist; ja die Bundesregierung hat sogar ausdrücklich Abrüstungsprogramme anderer, auch unserer Freunde, torpediert, wie das am klarsten passierte, als die Amerikaner den Plan einer kontrollierten Sicherheitszone in Europa zuneigten und in aller Eile Bonn sie wieder davon abbrachte und dafür einen Plan kontrollierter Abrüstung ... am Nordpol vorschlug. Die ehrlichen Friedensmöglichkeiten, die - möglicherweise - in einem sauberen System kontrollierter Rüstungsbeschränkung liegen könnten, wurden von den Alleswissern unseres Bonner Auswärtigen Amtes stets mit mitleidig-überlegenem Lächeln abgefunden.

Sünde Nummer Zwei

ist die juristische Zwangsvorstellung der diplomatischen Anerkennung der Satellitenstaaten. Hundertmal hatte man davon geredet, mit Polen und anderen Ländern Osteuropas diplomatische Beziehungen herzustellen, und immer wieder würgte die westdeutsche Diplomatie mit fachkundigem Griff diese Ansätze ab. Der Grund war immer wieder die juristische Fiktion, dass jede Regierung immer nur ein Deutschland anerkennen könne - und wer einen Botschafter bei der DDR habe; zur Strafe die Chance verspiele, einen Vertreter Bonns bei sich empfangen zu dürfen (obwohl bekanntlich Moskau gegenüber dieses Prinzip aus Zweckmäßigkeitsgründen am Nagel gehängt wurde). Alle einsichtigen Amerikaner und Engländer schüttelten über diese starre Diplomatie unter der Kruste eines juristischen Prinzips verständnislos den Kopf; vor allem als wir Jugoslawier dafür prügelten, einem Druck Moskaus in einer Frage - der eines Botschafters bei Ulbricht - nachgegeben zu haben. Damit haben wir uns nicht nur ins eigene Fleisch geschnitten, sondern auch Tito und Gomulka das Leben erschwert.

Sünde Nummer Drei

folgt aus Sünde Nummer zwei. Wir haben immer, um eines fadenscheinigen juristischen Prinzips willen, aus der Frage der "juristischen Anerkennung" eine Art Glaubensbekenntnis gemacht - und wer die Richtigkeit dieser Politik anzweifelte, musste sich vor den feinen Herren mit dem Assessorexamen im Auswärtigen Amt leicht abblässend erklären lassen, warum das so richtig sei - auch wenn drei Viertel unserer Freunde und Verbündeten im Ausland die Köpfe über eine Politik solcher lebensfremden Formalspitzfindigkeiten schüttelten. Das betrifft auch unsere Beziehungen mit der mitteldeutschen Zonenregierung. Ein heikles und böses Kapitel, ganz gewiss; aber wenn unsere neunnaeklugen Diplomaten in Bonn etwa den Engländern, Indern, Ägyptern und vielen anderen Ländern drohten, dass "Geschäftemacherei" mit Ostdeutschland in Bonn über aufgenommen werden würde - dann müssten wir uns nicht einmal, sondern tausendmal von durchaus wohlwollenden Ausländern sagen lassen: "Ihr macht ja selber Geschäfte mit der DDR, Ihr kauft und verkauft, Ihr habt Post- und Verkehrsabkommen und tausend andere Dinge; aber uns nehmt Ihr das gleiche übel."

Natürlich ist es richtig, Post- und Verkehrsabkommen "und tausend andere Dinge" mit unserem abgetrennten Landesteil zu unterhalten; aber was unverständlich falsch war und ist, das ist diese Miene verletzter Heiligkeit unserer offiziellen Auslandsvertreter und Regierungssprecher, wenn andere Länder ähnliches tun. Dadurch sind wir in den Geruch der Zweizüngigkeit und Unaufrichtigkeit gekommen - und nichts hat den Ansehen der jungen deutschen Demokratie im Ausland so viel geschadet wie diese angeblich neunnaeklugen, mit dünnem juristischem Plitter amateurhaft verkleidete Zweizüngigkeit der Bonner Patent-Beeserwieser.

Sünde Nummer Vier

ist mehr genereller Natur und lässt sich auf eine Art zentraler Bildungslücke unseres diplomatischen Korps zurückführen. Unsere Diplomaten halten nichts von der Weltorganisation der "Vereinten Nationen" und haben auch manches Mal... zu erkennen gegeben, dass sie, in den engen Kanälen der alten Kabinettsdiplomatie festgefahren, nichts von einem Gremium halten, wo die traditionellen Mächte Europas von den gleichberechtigten Vertretern gelber, brauner und schwarzer Völker überstimmt werden können. Ein bischen von den Hitlerjahren übernommene Verachtung der farbigen "Untermenschen" mag unbewusst dabei vielfach mitschwirgen. Von dem unglückseligen Tage an, an dem der neugebackene Aussenminister von Brentano in New York ankam und ahnungslos, kenntnislos, instinktilos und taktlos ausrief "Wir werden der UNO beitreten, wenn man uns dazu auffordert" (nicht wissend, dass noch nie ein Land dazu aufgefordert worden ist, sondern jedes Land sein Beitritts-gesuch vor sich aus zu stellen hat!), hat man stets auf die Weltorganisation mit schlecht verhüllter Langeweile herabgeblickt, als auf eine bedeutungslose Schwatzbude, - völlig übersehend, dass selbst wenn sie wirklich nichts weiter wäre als ein "Diskutierclub", doch die Tatsache, dass achtzig Länder auf diesen Diskutierclub grossen Wert legen, ihm allein schon Gewicht und Bedeutung verleiht.

Sünden Nummer Fünf und Sechs

sind Sünden allgemeinen Verhaltens: keine Sünden in konkreten politischen Fragen wie der der Abrüstung oder der dogmatischen Engstirnigkeit, sondern Sünden der allgemeinen Philosophie, mit der sich die Bonner Diplomaten ausrüsteten, als sie in die Welt hinauswogen. Es sind, notabene, diese drei Sünden der allgemeinen Philosophie, die besonders schwer wiegen, weil sie sich in allem und jedem äussern, was die amtliche deutsche Diplomatie sagt, tut, handelt, unternimmt oder unterlässt.

Da ist zunächst die fundamentale Sünde, dass man nicht von 1949, dem Geburtsjahr der Bundesrepublik an, immer und überall die Karte der christlichen Demokratie ausgespielt hat, sondern sich onsig und geschäftig bemühte, husch-husch die böse Vergangenheit zuzudecken und vergessen zu machen. Das kommt natürlich primär daher, dass gar zu viele unserer offiziellen Ministeriellen und erst recht unserer Auslandsvertreter damit die dunklen Punkte ihrer eigenen Vergangenheit zu verwischen suchten; jeder belastete deutsche Diplomat hat uns Freunde gekostet, jedes Verlegenheitsgemurmel ewig Gestriger hat die Bundesrepublik ein Stück zurückgeworfen, jedes Ausspielen des eitlen Selbstgefühls widererworbener neuer Grösse und Macht hat bei unseren Freunden einen peiklichen Nachgeschmack hinterlassen. Was Bescheidenheit, Takt, ehrlicher aufrichtiger totaler Bruch mit der Vergangenheit uns alles an neuen Freunden hätte gewinnen können, haben diese Herren beharrlich vor den Kopf gestossen und misachtet; sie haben sogar an westlichen Persönlichkeiten Kritik geübt, "weil sie noch nicht die Kriegsjahre vergessen haben und in die heutige Welt nicht mehr hinein passen". Die Quittung musste dann, unglücklicherweise, Bundespräsident Heuss bei seinem Staatsbesuch in England einstecken. Ausgerechnet der Mann, gegen den dieser Tadel in keiner Weise zutrifft, der aber büssen musste, was seine Botschafter und Konsuln und Botschaftsräte und Sonderbevollmächtigte gutzumachen verpasst hatten.

In die gleiche Linie gehört auch die Sünde, in den diplomatischen Gesprächen über den abzuschliessenden Friedensvertrag beharrlich und grossspurig zu vergessen, dass ein Friedensvertrag ja immer nur einmal ein Vertrag zwischen Siegern und Besiegten ist, und demnach der Besiegte in ihm nicht gerade mit Rosen und Orchideen überschüttet zu werden

pflügt. So haben einige unserer Patentvertreter, als sie einzelne Punkte über den (mutmasslichen) Friedensvertrag zu hören bekamen, missmutig aufgebraust, dass "uns das ja in das Jahr 1945 zurückwerfe". Ja, hatten diese Berufsdiplomaten, die ja schliesslich allesamt studierte Leute sind, denn geträumt und gehofft, der Friedensvertrag werde uns Elsass-Lothringen, Nord-Schleswig und die wilhelminischen Kolonien in Afrika als freundliches Brautgeschenk überreichen; haben diese Herren denn immer noch nicht gelernt, dass es uns, gerade im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag, nicht gut ansteht, als hochmütige oder gar arrogante Forderer aufzutreten?

Sünde Nummer Sieben

Und in die gleiche Fabrik des unbelchrbaren Hochmuts gehört endlich auch Kapitalsünde Nummer Sieben. Es ist das beliebte und billige Spiel, für alles, was schlecht abläuft, was uns nicht passt oder uns in unseren Grossmachtsträumen stört, jemand anders die Schuld zuzuschreiben. Wie ist es doch leicht und bequem und praktisch, selber fehlerlos im blütenweissen Hemd dazustehen und alle Schuld auf andere abwälzen zu können! "Mac Millan hat uns in Moskau verraten und verkauft" - "Die Franzosen wollen ja gar nicht unsere Wiedervereinigung, ein geteiltes und geschwächtes Deutschland ist ihnen viel lieber, und so torpedieren sie heimlich unsere Politik" - "Die "New York-Times" macht aus ihrer Deutschlandfeindlichkeit gar kein Hehl" - solche und andere Klischees werden immer und immer wieder von denen vorgebracht und aufgetischt, die noch nie daran gedacht haben, den Balken im eigenen Auge zu suchen statt immer nur den Splitter im Auge des Nachbarn. Niemals hat die amtliche bundesrepublikanische Aussenpolitik in ihrer unfehlbaren Weisheit eine Dummheit gemacht, niemals hat sie Möglichkeiten übersehen, niemals hat sie, nicht wahr, am Mangel an kühnen Ideen und neuen Gesichtspunkten gelitten, niemals hat sie am Gestrigen geklebt, niemals hat sie bremsend auf ihre eigenen Freunde und Partner im Westen eingewirkt, niemals sind unsere Sprecher im Ausland ins Fettnäpchen getreten: oh nein, es waren immer, immer, immer nur irgendwelche bösen Andern, die an allem schuld sind.

* * *

Unsere Kritik an der deutschen Nachkriegsdiplomatie hat, was manchen Leser wundern mag, nicht die wichtigsten getroffenen Entscheidungen selber kritisiert: etwa den Beitritt zur Montanunion, zur NATO oder die Wiederbewaffnung, sondern nur die sture, engstirnige, leichtsinnig siegesbewusste Methode, mit der man alle diese Beschlüsse in die Praxis umgesetzt hat. Noch einmal sei unterstrichen, dass die grosse Hauptverantwortung für den verfahrenen Stand der europäischen Politik den Stalin, Chruschtschow und ihren Helfershelfern niemals abgenommen werden kann. Aber gerade in einer solchen Zwangslage hätte eine gute Diplomatie Geschick, Einbildungskraft, Ideenreichtum, Takt, radikalen Bruch mit vergangenem Machttausch und unermüdliche bescheidene Aufrichtigkeit an den Tag legen müssen. Daran hat es zwar nicht in Regierungserklärungen und Presseinterviews unserer Kabinettsmitglieder gemangelt, aber die ausführenden Organe, die Herren in den Antestuben und in den Auslandsvertretungen, die Herren an den Konferenztischen und auf den diplomatischen Cocktailpartys haben unsere aufgezahlten sieben Sünden immer wieder begangen. Dafür müssen wir jetzt die Zeche zahlen, und niemand nimmt uns diese bittere Verantwortung ab.

* * *

"Im Blick auf einen zweiten 13. Mai"

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit Montag früh gibt es in Paris keinen Zweifel darüber, daß die Senatswahlen in Frankreich "im Blick auf einen zweiten 13. Mai" durchgeführt wurden. Der neue Senat, zusammengesetzt aus 255 Abgeordneten, die in 90 Departements von über 100 000 "Wahlmännern" (Gemeinderats- und Kreistags-Abgeordneten) gewählt wurden, entspricht in seiner Zusammensetzung keineswegs der Nationalversammlung, in der seit November vergangenen Jahres die Gaullisten aller Schattierungen über eine große Mehrheit verfügen. Die sogenannten Rechtsunabhängigen sind zwar mit 35 Mandaten die stärkste Fraktion, die zweitstärkste Gruppe stellen jedoch schon die Radikalsozialisten dar, die dritte die Sozialisten und die vierte die Volksrepublikaner. Die eigentlichen Gaullisten - "Union für die neue Republik" - kommen erst an fünfter Stelle. Die Kommunisten werden mit 14 Mandaten in dem Senat einziehen. Die genauen Zahlen stehen jedoch noch nicht fest, da in zahlreichen Fällen Stichwahlen notwendig sind. Das Gesamtergebnis dürfte sich jedoch nicht wesentlich verändern.

Politisch bemerkenswert und für die Beurteilung des Wahlergebnisses entscheidend sind folgende Tatsachen: Die "Rechtsunabhängigen" müssen als eine aus konservativ-bürgerlichen Abgeordneten zusammengesetzte Fraktion gewertet werden. Unter ihnen befinden sich viele Abgeordnete, die entschieden jeden Rechtsradikalismus ablehnen und gewillt sind, eine rechtsradikale Entwicklung in Frankreich zu verhindern. Die Radikalsozialisten, vergleichbar mit einer liberal-demokratischen Partei, sind keineswegs eine geschlossene Gruppe. Zu den gewählten Senatoren gehören sowohl Anhänger von Mendès-France (Gegner de Gaulles), wie auch de Gaulle-Anhänger. Der verhältnismäßig große Erfolg der Sozialisten läßt sich durch deren starke Verankerung in den Gemeindeparlamenten erklären. Das gleiche trifft auch für die Volksrepublikaner zu.

Die Kommunisten haben sich bei diesen Senatswahlen bemüht, die Wahl rechtsradikaler Abgeordneter zu blockieren, indem sie ihre Anhänger aufforderten, im Zweifelsfalle die Stimme einer gemäßigten Bürgerlichen oder Sozialisten zu geben. Ganz offenbar haben viele kommunistische Gemeinderäte diese Parole befolgt und dadurch dazu beigetragen, daß die Kandidaten der eigentlichen Gaullisten in nur geringer Anzahl in den Senat einziehen konnten. Bei der Senatswahl am vergangenen Sonntag sind einige bekannte Politiker, die bei den vergangenen Nationalversammlungswahlen in November 1958 geschlagen wurden, wieder in der politischen Arena erschienen. Unter ihnen befinden sich der de Gaulle-Gegner Mitterand, der ehemalige Ministerpräsident Edgar Faure, der Bürgermeister von Marseille, Deferre (SFIC) und der frühere KP-Fraktionsvorsitzende in der Nationalversammlung, Duclos.

In Frankreich rißt man dem Wahlergebnis deswegen große politische Bedeutung zu, weil der Senat auf Grund der neuen Verfassung die Möglichkeit hat, gesetzgeberische Maßnahmen der Nationalversammlung entscheidend zu ändern. Bis zum Jahre 1958 hatte der Senat nur beratende Kompetenzen. Außerdem dürfte das Wahlergebnis die Hoffnungen der Rechtsradikalen, einen "zweiten 13. Mai" vorbereiten zu können, entscheidend gedämpft haben. Der Senat hat eine gemäßigte Mehrheit, und es ist damit zu rechnen, daß er diese entsprechend "ausspielen" wird.

Bonn als Störenfried

sp - Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Adenauers starre Haltung bei den Vorbereitungen zur Genfer Außenminister-Konferenz die Bundesrepublik zu Isolieren droht, dann ist dieser Beweis jetzt eindeutig erbracht worden. Schon in der vergangenen Woche war klar, welche Rolle die deutsche Delegation in der Viermächte-Beratungsgruppe in London spielt; die Rolle des Bremsers, um nicht zu sagen, die Rolle des Saboteurs.

Wir wissen inzwischen, daß einige Mitglieder der deutschen Beratungsgruppe verzweifelt bemüht waren, Adenauer davon zu überzeugen, wie groß die Gefahr der Isolierung für die Bundesrepublik bei Aufrechterhaltung seines starren Schemas ist. Entsprechende Rückfragen von London nach Cadenabbia sind zum Teil ohne Antwort geblieben. Der Leiter der deutschen Arbeitsgruppe in London, Graf von Baudissin, wurde nicht einmal zum direkten Vortrag bei Adenauer in Cadenabbia vorgelassen!

Jetzt hat der Botschafter der USA in Bonn, Bruce, - sicher im Auftrag des neuen amerikanischen Außenministers Herter - noch einmal versucht, den Bundeskanzler von der Notwendigkeit einer beweglicheren Verhandlungstaktik für Genf zu überzeugen. Ob Bruce Erfolg gehabt hat, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Sicher ist jedoch, daß der neue amerikanische Außenminister, falls sein Botschafter bei Adenauer erfolglos bleiben sollte, in Genf ohne Rücksicht auf Bonn die angelsächsische Verhandlungstaktik, die inzwischen "synchronisiert" wurde, durchsetzen wird.

Bei den Amerikanern besteht zur Zeit die Hoffnung, daß man die spätere Gipfelkonferenz mit Aussicht auf ein positives Ergebnis ansteuern kann, wenn der Westen geschlossen das Problem der militärischen Entspannung in Europa auf den Genfer Verhandlungstisch bringt.

Diese Einsicht der Amerikaner ist nicht etwa von der Absicht diktiert, den Russen gegenüber "weich" zu werden. Vielmehr steht dahinter die durch zahlreiche Informationen - nicht zuletzt durch Informationen des britischen Premierministers Macmillan - erhärtete Auffassung, daß Moskau bemüht bleibt, zu einem Verhandlungsergebnis in Genf und später auch zu einem positiven Resultat bei der Gipfelkonferenz zu gelangen. Entsprechend dieser Aussicht wollen die Amerikaner vermeiden, daß sich der Westen von vornherein durch eine zu starre Verhandlungstaktik gegenüber den Russen in eine schlechte Ausgangsposition begibt.

Bei den Franzosen, die in letzter Zeit häufig von "Härte" gesprochen haben, wird auf einer anderen Ebene des Gesamtkomplexes der Verhandlungen die Frage der Oder/Weise-Grenze als taktisches und tatsächliches Verhandlungsobjekt im Hintergrund gehalten. In Paris hofft man, auf diese Weise Tendenzen der Lockerung in den Verhandlungsablauf einbringen zu können, wodurch indirekt der britisch-amerikanische Versuch, das militärische Entspannungsproblem "verhandlungsreif" zu machen, unterstützt wird.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß sich die westdeutsche Diplomatie auf Anordnung Adenauers schon jetzt in eine isolierte Stellung hineinmanövriert hat und im westlichen Lager als Störenfried betrachtet wird.